



15/SN-299/ME

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG
GZ 10.016/95-1.7/93

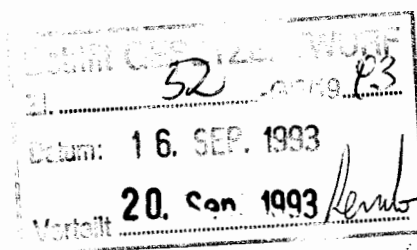
Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Vermessungs-
gesetz, das Liegenschaftsteilungsgesetz, das Grundbuchs-
gesetz und das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch
geändert werden;

Sachbearbeiter
VB I/a Dr. Meinhart
Tel.-Nr.: 515 95/2294
Fax.-Nr.: 515 95/3270

Stellungnahme

An das
Präsidium des Nationalrates

Parlament
1017 Wien



Dr. Labrida

Das Bundesministerium für Landesverteidigung beehrt sich in der Anlage 25 Ausfertigungen der ho. Stellungnahme zu dem vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten versendeten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Vermessungsgesetz, das Liegenschaftsteilungsgesetz, das Grundbuchsgesetz und das Allgemeine bürgerliche Gesetzbuch geändert werden, zu übermitteln.

9. September 1993
Für den Bundesminister:
Schlifflner

25 Beilagen

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Lidl



REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG
GZ 10.016/95-1.7/93

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Vermessungs-
gesetz, das Liegenschaftsteilungsgesetz, das Grundbuchs-
gesetz und das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch
geändert werden;

Sachbearbeiter
VB I/a Dr. Meinhart
Tel.-Nr.: 515 95/2294
Fax.-Nr.: 515 95/3270

Stellungnahme

An das
Bundesministerium für
wirtschaftliche Angelegenheiten

Stubenring 1
1011 Wien

Zu dem mit do. Note vom 12. Juli 1993, GZ 96 239/7-IX/6/93, versendeten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Vermessungsgesetz, das Liegenschaftsteilungsgesetz, das Grundbuchsgesetz und das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch geändert werden, nimmt das Bundesministerium für Landesverteidigung wie folgt Stellung:

A) Zum Entwurf eines Vermessungsgesetzes:

1. Zu Art. I Z 15 (§ 8):

Gemäß § 8 Z 2 lit. a dient der Grenzkataster zur Ersichtlichmachung der Nutzungsarten; nach § 8 Z 2 lit. e sind auf bestimmte räumliche Grenzen beschränkte Dienstbarkeiten im Grenzkataster ersichtlich zu machen.

Insbesondere die letztere Bestimmung würde dazu führen, daß die genaue Lage von militärischen Sonderbauten, für die Dienstbarkeiten zugunsten der Heeresverwaltung bestehen und die in der Natur selbst nicht erkennbar sind, in

- 2 -

Hinkunft dem Grenzkataster zu entnehmen und damit öffentlich zugänglich wäre. Dieser Umstand ist aber mit den Erfordernissen der militärischen Geheimhaltung keinesfalls zu vereinbaren. Aus diesem Grund wären insbesondere bei der Ersichtlichmachung von Dienstbarkeiten im Grenzkataster die militärischen Interessen unbedingt zu berücksichtigen.

Dem § 8 Z 2 sollte daher nach der lit. f - in der nächsten Zeile und hinausgerückt - noch folgender Satzteil angefügt werden:

"soweit nicht militärische Interessen entgegenstehen."

2. Zu Art. I Z 64:

Die gegenständliche Entwurffassung des § 48 Abs. 1 beinhaltet im Gegensatz zum derzeit geltenden Wortlaut des § 48 Abs. 1 des Vermessungsgesetzes keine Einschränkung der Weitergabe von diversen Vermessungsunterlagen aus militärischen Interessen.

Die derzeit geltende Ausnahmebestimmung zugunsten der militärischen Landesverteidigung stellt ein unabdingbares Erfordernis für die Erfüllung der verfassungsgesetzlichen Aufgaben des Bundesheeres dar und sollte daher jedenfalls beibehalten werden.

§ 48 Abs. 1 erster Satz des Vermessungsgesetzes hätte daher wie folgt zu beginnen:

"§ 48. (1) Die Vermessungsbehörden geben, soweit nicht militärische Interessen entgegenstehen, gegen Kostenersatz ab:

....."

- B) Gegen die vorgesehenen Änderungen des Liegenschaftsteilungsgesetzes, des Grundbuchgesetzes und des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches bestehen vom Standpunkt der ho. Ressortinteressen keine Einwände.

- 3 -

Dem Präsidium des Nationalrates wurden 25 Kopien dieser Stellungnahme übermittelt.

9. September 1993
Für den Bundesminister:
S c h l i f e l n e r

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

